

Reg. Nr. 72

Fraktion Bündnis90/Die Grünen    SPD-Fraktion    CDU-Fraktion  
Im Rat der Stadt Bad Berleburg

Stadt Bad Berleburg  
z.Hd. Herrn Bürgermeister Fuhrmann  
Poststraße 42  
  
57319 Bad Berleburg

Stadt Bad Berleburg	
Eing.:	29. Jan. 2024
FB:	Abt.

Girkhausen, 28. Januar 2024

Antrag zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 14.02.2024

mit der Beschlussvorlage:

Der Rat der Stadt Bad Berleburg unterstützt die Trierer-Erklärung des Deutschen Städtetages und die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert.

Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten und Dörfern schüren.

In unseren Städten und Dörfern leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie.

Das ist die Lebensrealität in unserer Stadt- und Dorfgesellschaft! Das macht unsere Stadt Bad Berleburg aus. Unsere Stadt und die Dörfer gehören allen Menschen, die hier leben.

Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten und Dörfern Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren!

Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Fraktion Bündnis90/Die Grünen    SPD-Fraktion    CDU-Fraktion  
Im Rat der Stadt Bad Berleburg

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden.  
Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort.

Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht.

Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadt- und Dorfgesellschaften.

Mit freundlichem Gruß



Susanne Bald



Iris Gerstmann



Martin Schneider

Ø FDP  
UWG  
AFD  
Stv. Th. Fischer  
FBI, II, III, IV  
IV. 1 Akte